

Die CDU bleibt die zuverlässige Kraft an der Seite der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler

Jochen-Konrad Fromme zum Beschluss des CDU-Bundesvorstandes über ein neues Grundsatzprogramm

Nach einer Klausurtagung des CDU-Bundesvorstandes und entsprechender Beschlussfassung hat der Entwurf des neuen Grundsatzprogrammes eine weitere Hürde genommen und liegt jetzt als Antrag des CDU-Bundesvorstandes für den Parteitag am 3./4. Dezember 2007 vor. Der Programmtext trägt den modernen gesellschaftlichen Herausforderungen in einer globalisierten Welt ebenso Rechnung wie den traditionellen Grundwerten der CDU. Für die Gruppen der Heimatvertriebenen, deutschen Spätaussiedler und deutschen Minderheiten im Ausland belegt das Grundsatzprogramm eindrucksvoll, dass die Christlich Demokratische Union auch künftig die einzige politische Kraft in Deutschland ist, die diese Schicksalsgruppen unseres Volkes zuverlässig und glaubhaft vertritt.

Im Unterkapitel „Kultur“ (Ziffer 129) werden die Heimatvertriebenen und ihre Kulturleistungen besonders gewürdigt. Dort heißt es: „Das gilt auch für das Schicksal der Heimatvertriebenen. Das Gedenken an die Opfer der Vertreibung und ihr kulturelles Erbe gehören in den Erinnerungsbogen des ganzen Volkes. Ebenso wenig werden wir die großartige Aufbauleistung und die Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge nach dem Zweiten Weltkrieg vergessen.“ Im gleichen Kapitel werden (Ziffer 127) die kulturellen Leistungen aus dem Bereich der Vertriebenenkulturarbeit gewürdigt. Dort heißt es: „Hierzu zählen künstlerische Spitzenleistungen ebenso wie die Breitenkultur, tradierte ebenso wie populäre Ausdrucksmöglichkeiten sowie Beiträge der Vertriebenen, Spätaussiedler und von Zuwanderern.“

Im Unterkapitel „Integrationsland Deutschland“ erfolgt ein deutliches Bekenntnis zur Aufnahme deutscher Spätaussiedler aus historischer Verantwortung (Ziffer 302). Dort heißt es: „Wir halten in historischer Verantwortung an unserer Politik der Aufnahme deutscher Spätaussiedler bei gleichzeitiger Verbesserung der Lebensgrundlagen in den Herkunftsgebieten fest.“ Dieses deutliche Bekenntnis zum



Jochen-Konrad Fromme

Artikel 116 GG bildet die Grundlage für die bewährte Spätaussiedlerpolitik der CDU. Im Unterkapitel „Deutschlands Chance in Europa“ werden die wichtige Brückenfunktion der Heimatvertriebenen und der Deutschen in der Heimat ebenso gewürdigt, wie ein politisches Bekenntnis zur Vertreibungsgeschichte und gegen Vertreibungen in Gegenwart und Zukunft abgelegt.

In Ziffer 322 und 323 heißt es: „Heimatliche Verwurzelung, nationale Identität und europäische Gemeinsamkeit ergänzen und bedingen sich.“ (Fortsetzung auf Seite 2):

INHALT

SEITE 2
BUNDESHAUSHALT 2008 BIETET PERSPEKTIVE FÜR HEIMATVERTRIEBENE, AUSSIEDLER UND DEUTSCHE MINDERHEITEN

Jochen-Konrad Fromme

SEITE 4
ZUSAMMENLEBEN VON DEUTSCHEN UND POLEN IN OBERSCHLESIE REGIONAL UNTERSCHIEDLICH

IAV

SEITE 5
BEEINFLUSSUNG VON GERICHTEN RECHTSSTAATSWIDRIG – POLEN BESCHÄDIGT SEINEN RUF

Jochen-Konrad Fromme

SEITE 6
VERBESSERTE MAßNAHMEN ZUR WEITERQUALIFIZIERUNG VON SPÄTAUSSIEDLERN NOTWENDIG

Dr. Christoph Bergner

Bundshaushalt 2008 bietet Perspektive für Heimatvertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten

Jochen-Konrad Fromme zum Beschluss des Bundeskabinetts über den Entwurf für den Bundshaushalt 2008

Mit dem Entwurf für den Bundshaushalt 2008 und die weitere Finanzplanung hat die unionsgeführte Bundesregierung deutlich unterstrichen, dass sie zu den wichtigen Schicksalsgruppen der Heimatvertriebenen, deutschen Spätaussiedlern und deutschen Minderheiten im Ausland steht. Hier zeigt der Bundshaushalt eine positive Entwicklung auf.

So ist im Bereich der Kulturförderung nach § 96 BVFG erneut ein Mittelzuwachs im Vergleich zum Vorjahr eingestellt. So stehen für den unmittelbaren Aufgabenbereich des § 96 BVFG nunmehr 15,3 Mio. Euro zur Verfügung, das entspricht einem Mittelzuwachs von rund 1,2 Mio. Euro im Vergleich zur rot-grünen Bundesregierung.

Besonders erfreulich ist, dass in diesem Jahr erstmals wieder 200.000 Euro für die Förderung des grenzüberschreitenden Kulturaustausches zur Verfügung gestellt werden, nachdem diese Haushaltsposition von der rot-grünen Bundesregierung gänzlich gestrichen worden ist.

Nach 750.000 Euro im Haushaltsjahr 2007 sind für das Projekt „Sichtbares Zeichen“ für die Opfer der Vertreibung („Zentrum gegen Vertreibungen“) im Jahr 2008 1,2 Mio. Euro etatisiert. Damit ist die

Einrichtung auch haushaltspolitisch solide verankert.

Für die deutschen Minderheiten im Ausland bleiben vor allem bei der Haushaltsstelle „Leistungen zur Schaffung von Lebensgrundlagen für die deutschen Minderheiten“ die Etatansätze des Vorjahres erhalten. Auch die Unterstützung von „Maßnahmen der Vertriebenen zur Förderung des friedlichen Miteinanders mit den Völkern Ostmittel-, Ost- und Südosteuropas“ wird im gleichen Umfang gefördert wie im Vorjahr.

Deutlich mehr Geld stehen laut Entwurf im nächsten Jahr für die Integrationskursmaßnahmen nach Integrationskursverordnung zur Verfügung. Der Etatansatz wächst hier um über 14 Mio. Euro von 140 auf 154 Mio. Euro.

Davon profitieren auch die zu uns gekommenen deutschen Spätaussiedler, da die Sprachkurse und Orientierungskurse auch im Bereich der nachholenden Integration an Umfang und Qualität zunehmen werden.

Insgesamt liefert der Haushaltsentwurf für das Jahr 2008 eine gute und zuverlässige Grundlage für die Arbeit zum Wohle der Heimatvertriebenen, deutschen Spätaussiedler und deutschen Minderheiten im Ausland.

(Fortsetzung von Seite 1-)

Wir treten für ein internationales und europäisches Volksgruppen- und Minderheitenrecht, das Recht auf die Heimat, eigene Sprache und Kultur ein. Auch in einem vereinten Europa mit zunehmend offenen Grenzen erfüllen Heimatvertriebene und Volksgruppen eine wichtige Brückenfunktion zwischen den Nationen. Auch die Deutschen, die in ihrer Heimat außerhalb der Bundesrepublik Deutschland geblieben sind, können diese wichtige Funktion zwischen Deutschland und seinen Nachbarn beim weiteren Zusammenwachsen Europas wahrnehmen. Vertreibungen jeder Art müssen international geächtet und verletzte Rechte anerkannt werden.“

Der vom Bundesvorstand beschlossene Grundsatzprogrammentwurf liefert die Grundlagen, die auch künftig eine zuverlässige partnerschaftliche Politik für die Heimatvertriebenen, deutschen Spätaussiedler und deutschen Minderheit sicherstellen werden.

Der Entwurf für das neue Grundsatzprogramm wird nun in den Gliederungen der Partei (Kreis- und Landesverbänden, sowie Fachvereinigungen) behandelt und auf mehreren Regionalkonferenzen diskutiert. Mit dem Beschluss des Bundesvorstandes geht das Grundsatzprogramm in der vorliegenden Fassung als Antrag an den Bundesparteitag, der am 3. und 4. Dezember 2007 in Hannover stattfindet. Nach Beschlussfassung löst es das bisherige Grundsatzprogramm von 1994 ab.

Grußbotschaft von Papst Benedikt XVI. nach Berlin

Anlässlich der zentralen Veranstaltung zum „Tag der Heimat“ in Berlin am 18. August 2007 sandte der Heilige Vater die folgende Botschaft:

„S.H. Papst Benedikt XVI. hat davon Kenntnis erhalten, dass der Bund der Vertriebenen am 18. August in Berlin den diesjährigen „Tag der Heimat“ begeht. Der Heilige Vater versichert die Teilnehmer seiner geistlichen Nähe und entbietet ihnen beste Segenswünsche. Das Motto „Heimat ist Menschenrecht“ unterstreicht, dass der Mensch Anrecht auf das wertvolle Gut der Heimat hat. Heimat ist mitbegründend für die Identität der Person und bedarf daher des Schutzes. Wahre Heimat ist jedoch ungleich mehr als die Sicherung von Grund und Boden, Sprache und Kultur. Sie steht in enger Beziehung zu einem grundmenschlichen Verhalten der gegenseitigen Annahme und Solidarität. Dadurch können besonders auch jene ein Zuhause finden, die ihre ursprüngliche Heimat auf tragische Weise verloren haben. In der Zuversicht, dass die staatlichen Autoritäten und die Internationale Völkergemeinschaft das Recht auf Heimat immer wirksamer schützen und vielen Menschen durch die gelebte Nächstenliebe der Christen ein echtes Zuhause geschenkt wird, erbittet Seine Heiligkeit Papst Benedikt XVI. allen Teilnehmern am Tag der Heimat von Herzen Gottes beständigen Schutz und seinen reichen Segen.“

Deutschland engster Partner Russlands in Europa

Gespräch mit Vertretern der russischen Botschaft zur Vorbereitung einer Delegationsreise nach Sibirien



v.l.n.r.: Jochen-Konrad Fromme, Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Botschaftsrat Vladimir Pyatin (Botschaft der Russischen Föderation), Anita Schäfer, Klaus Brähmig, Nikolay Pavlov (Botschaftsraff der Russischen Föderation)

Über den gegenwärtigen Stand der deutsch-russischen Beziehungen, die Beziehungen Russlands zur Europäischen Union und über die Lebenssituation der deutschen Minderheit in Russland sprach die Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit den Botschaftsräten Vladimir Pyatin und Nikolay

Pavlov von der Botschaft der Russischen Föderation. Im Rahmen des Gesprächs wurden besonders die Themen angesprochen, die im Rahmen einer Delegationsreise der Parlamentarier-Gruppe, die Ende August nach Moskau und Sibirien führt, mit der russischen Regierung diskutiert werden sollen (IAV wird ausführlich berichten.)

Aussiedlerintegration einen Bären dienst erwiesen

Jochen-Konrad Fromme kritisiert Hannovers Polizeipräsidenten für geplanten Einsatz russischer Polizisten

Hannovers Polizeipräsident Klosa hat der Integration deutscher Spätaussiedler einen Bären dienst erwiesen. Mit seinen plakativen Darstellungen zur angeblichen Kriminalitätsneigung deutscher Spätaussiedler und mit seinen unausgegorenen Vorschlägen zu deren Bekämpfung schadet er einer erfolgreichen Integration und stigmatisiert eine ganze gesellschaftliche Gruppe.

So erklärte Polizeipräsident Klosa unlängst, dass die Kriminalität von Spätaussiedlern deutlich über dem Bevölkerungsanteil dieser Gruppe liegt. Sehr plakativ berichtete er auch über die hohe Akzeptanz von Gewaltanwendung zur Konfliktlösung unter deutschen Spätaussiedlern und über hohen Alkohol- und Drogenkonsum im Zusammenhang mit Delinquenz. Dabei hatte dies im Bericht zur Inneren Sicherheit in Niedersachsen, bezogen auf die Jahre 2002 bis 2006, noch ganz andere geklungen. Dort hieß es: „Um so bewerkenswerter ist, dass die Tatverdächtigenbelastungszahl von (Spät-)Aussiedlern in Hannover und Wolfsburg insgesamt und auch für junge Personen nicht über denen der deutschen Vergleichsgruppe liegen.“ In anderen Bundesländern kommt man ebenfalls zu anderen Ergebnissen. So hat die von der Hamburger Polizei in Auftrag gegebene Untersuchung des Landeskriminalamtes (LKA) deutlich gemacht, dass die Spätaussiedler aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, sowie aus Polen und Rumänien bei der für die Kriminalitätsneigung entscheidenden Tatverdächtigenbelastungszahl nicht stärker belastet sind als die einheimischen Deutschen und

sich deutlich positiv abheben von anderen Zuwanderergruppen. Umso ärgerlicher ist es, dass die Polizeidirektion Hannover in ihrer zusammenfassenden Lageeinschätzung für die Medien nicht erwähnt, dass die Delinquenz bei den Spätaussiedlern in sieben von acht untersuchten Straftatengruppen um das zwei- bis dreifache unterhalb der Delinquenz anderer Zuwanderergruppen liegt. Gerade zu unsinnig sind einige der vorgeschlagenen Maßnahmen, mit denen man zu einer Verbesserung der Situation beitragen will. So plant die Polizeidirektion Hannover, Polizisten aus der russischen Partnerstadt zur Bekämpfung der Spätaussiedlerkriminalität nach Hannover zu holen.

Über Jahrzehnte haben deutsche Spätaussiedler in ihren Herkunftsgeländen unter dem Repressionsapparat der Staatsmacht gelitten. Dies ist übrigens der Hauptgrund für die auch heute noch bestehende Anerkennung eines allgemeinen Kriegsfolgenschicksals als Grundlage für ihre Einreise in die Bundesrepublik Deutschland. Dass man nun Polizisten aus diesen Herkunftsländern nach Deutschland holen will, die aus der Sicht der Spätaussiedler als Teil des ehemaligen Repressionsapparates verstanden werden müssen, ist an Unsensibilität kaum zu überbieten.

Um nicht falsch verstanden zu werden: Bestehende Integrationsdefizite sollen weder klein geredet noch bagatellisiert werden. Allemal sinnvoller wäre es aber, sowohl bei Mittlerpersonen als auch bei Kontaktpersonen der Polizei auf die Gruppe der Spätaussiedler selbst zurückzugreifen. Dadurch wäre das notwendige Vertrauen gewährleistet.

Zusammenleben von Deutschen und Polen in Oberschlesien regional unterschiedlich

Jochen-Konrad Fromme zu Gesprächen am 11. und 12. August Oppeln, Ratibor, Lubowitz und Tempelhof

Am 11. und 12. August 2007 besuchten der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jochen-Konrad Fromme und der Referent der Gruppe, Thomas Helm die deutsche Minderheit in Oberschlesien.

Zunächst war Jochen-Konrad Fromme der Einladung des Hauses der deutsch-polnischen Zusammenarbeit nach Tempelhof (Niwki) gefolgt, im Rahmen des Projektes „Stärkung der Strukturen der deutschen Minderheit in Polen“ einen Vortrag zu halten. Im Anschluss an den Vortrag fand eine rege Diskussion mit den zahlreichen Teilnehmern der Veranstaltung statt, die sich etwa paritätisch aus Angehörigen der älteren und jüngeren Generation zusammensetzten. Im Mittelpunkt der Diskussion standen dabei besonders aktuelle Fragen im deutsch-polnischen Verhältnis mit den nach Ansicht vieler Teilnehmer unverständlichen Aktionen und Einlassungen der Warschauer Regierung, darunter der Versuch des polnischen Ministerpräsidenten, auf Entscheidungen polnischer Gerichte zu Eigentumsfragen Einfluss zu nehmen.

Nach der Veranstaltung erfolgte die Weiterfahrt nach Ratibor, wo eine



Einen Vortrag über die Förderung der deutschen Minderheit hielt Jochen-Konrad Fromme auf Einladung des Hauses für deutsch-polnische Zusammenarbeit im oberschlesischen Tempelhof (Niwki).

Zusammenkunft mit Vertretern der Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen (SKGD) in der Woiwodschaft Schlesien unter dem Vorsitzenden Blasius Hanczuch stattfand. Im Mittelpunkt des Gesprächs stand das Zusammenleben von Deutschen und Polen in der Region in und um Ratibor. Dabei berichteten die SKGD-Vertreter, dass man im Großen und Ganzen recht gut miteinander harmoniere und es kaum Verhetzungen gegenüber Deutschen gebe. Gelobt wurde auch der hiesige Sejm-Abgeordnete Henryk Siedlaczek, der deutschstämmig sei, aber auf der Liste der Bürgerplattform (PO) kandidiere. Er setze sich sehr für die Belange der Deutschen in Ratibor ein, erklärte Hanczuch. Probleme



Treffen mit dem Schlesischen Bauernverband und dem Landfrauenverband in der Joseph von Eichendorff-Gedenkstätte in Lubowitz (Oberschlesien) v.l.n.r.: Bernard Dembczak, G. Drozd, Ursula Trinczek, Jochen-Konrad Fromme und Thomas Helm

zwischen Deutschen und Polen seien aus Sicht der Deutschen in Ratibor künstlich von Warschau geschaffen.

Zufriedenstellend sei in Ratibor das schulische Angebot zum Erlernen der deutschen Sprache in den bilingualen Einrichtungen. Allerdings müssten die Kinder oft weit anreisen, wofür man sich Unterstützung aus Deutschland erhoffe.

Im Joseph von Eichendorff-Zentrum in Lubowitz traf man am 12. August mit Vertretern des Schlesischen Bauernverbandes und mit dem Verein Schlesischer Landfrauen zusammen. Im Mittelpunkt des Gesprächs stand die Situation der Landwirtschaft in Polen nach dem EU-Beitritt, die sich nach einhelliger Meinung deutlich verbessert habe. Die Angehörigen der deutschen Minderheit berichteten aber von Schwierigkeiten mit den polnischen Landwirten bei der Verbandsarbeit. So seien die Polen nicht ohne weiteres bereit, die deutschen Interessenvertreter zu akzeptieren. Ausführlich diskutiert wurde das Thema „Ferien auf dem Bauernhof“ und inwieweit dies ein interessantes zukünftiges Geschäftsfeld für die Landwirte in Schlesien sein könnte.

Nach dem Gespräch erfolgte die Weiterreise nach Oppeln. Dort fand ein Gespräch mit Vertretern des Vereins Deutscher Hochschüler in Polen und junger Mitglieder im SKGD statt. Zuvor hatte bereits ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des Bundes der Jugend der Deutschen Minderheit (BJDM), Piotr Koziol, stattgefunden.

Im Mittelpunkt der Gespräche stand die Position der jungen Generation in SKGD und VdG und sich aus der Struktur ergebende Probleme. Auch wurde über Fragen der Unterstützung der deutschen Minderheit nach Auslaufen der an die Selbstverwaltung übergebenen Mittel gesprochen. Das letzte Gespräch der Besuchsreise fand mit den Abgeordneten der deutschen Minderheit im polnischen Sejm, Heinrich Kroll und Richard Galla, sowie der neuen Geschäftsführerin des VdG, Joanna Manderla,

statt. Im Mittelpunkt des Gesprächs stand die Lebenssituation der deutschen Minderheit in der Region in und um Oppeln. Dabei wurde festgestellt, dass das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen hier stärker belastet ist. Dies wurde damit begründet, dass das Oppelner Land die Region ist, in der die deutsche Minderheit am stärksten in ganz Polen ist. So seien auch die lokalen Medien gegen die Deutschen

Politik zur Unternehmensansiedlung der Woiwodschaftsverwaltung in Oppeln. Auch hier sei man gegen deutsche Investitionen eingestellt. Ausführlich wurde über Verbesserungen im Bereich der Wirtschaftsförderung diskutiert, damit durch verbesserte Perspektiven Arbeitskräfte die Möglichkeit haben, in der Region zu bleiben. Gerade Familien der deutschen Minderheit sind belastet, da bei vielen ein Ehepartner in



v.l.n.r.: Andreas Grapatin, Mitglied des Sächsischen Landtages und OMV-Bundesvorstand, Joanna Manderla, Geschäftsführerin des VdG in Oppeln, Jochen-Konrad Fromme, sowie die Abgeordneten der deutschen Minderheit im polnischen Sejm, Heinrich Kroll und Richard Galla.

eingestellt, was zum Beispiel auch eigentlich liberale Zeitungen betraf. Gesprochen wurde auch über das immer noch unvollständige Angebot zum Erlernen der deutschen Sprache. Gegen das sich ab September erweiternde schulische Angebot machten auch kurz vor Eröffnung polnische Politiker der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) heftig Stimmung. Ein Thema war auch die Wirtschaftsförderung und

Deutschland oder den Niederlanden arbeitet. Ein weiterer Schwerpunkt des Gesprächs war die Situation beim Haus der deutsch-polnischen Zusammenarbeit. Dabei wurde die Bedeutung der Einrichtung für die Minderheit und für das deutsch-polnische Verhältnis betont. Einig war man sich darin, dass beide Seiten dazu beitragen müssen, den Fortbestand der Einrichtung zu sichern.

Beeinflussung von Gerichten ist rechtsstaatswidrig – Polen beschädigt seinen Ruf

Jochen-Konrad Fromme zu den Ankündigungen des polnischen Ministerpräsidenten zu Eigentumsfragen

Wenn die Regierung von Ministerpräsident Kaczynski tatsächlich, wie angekündigt, Einfluss auf die polnischen Gerichte nimmt, um Entscheidungen zugunsten deutscher Kläger auf Rückgabe des in der Zeit der Volksrepublik Polen enteigneten Eigentums zu ändern, dann beschädigt die Regierung nachhaltig den Ruf Polens in rechtsstaatlicher Hinsicht sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene.

Mit den Entscheidungen polnischer Gerichte auf Rückgabe von Immobilien an deutsche Eigentümer werden heute Unrechtsentscheidungen von Instanzen aus der Zeit der kommunistischen Volksrepublik Polen (vor allem der 70er und 80er Jahre) wieder gutgemacht. Damals haben Angehörige der in ihrer Heimat verbliebenen deutschen Minderheit Polen aufgrund der politischen Situation verlassen und sind als Aussiedler in die Bundesrepublik Deutschland gekommen.

Es ist gut und richtig, dass polnische Gerichte diesen Menschen ihr damals de facto enteignetes Eigentum wieder zusprechen.

Alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind von einem System der Gewaltenteilung gekennzeichnet. Gewaltenteilung ist ein Kernelement des Rechtsstaates. Wenn die polnische Regierung nun ankündigt, Gerichte beeinflussen zu wollen, um Entscheidungen auf Rückgabe von Eigentum zugunsten enteigneter Deutscher im Nachhinein rückgängig zu machen, so verstößt die Warschauer Regierung gegen elementare rechtsstaatliche Prinzipien.

Besonders die amtierende polnische Regierung wirbt für sich damit, mit dem Unrecht aus der Zeit der kommunistischen Volksrepublik Polen aufräumen zu wollen. Ein schweres Unrecht war die de facto-Enteignung deutscher Aussiedler, die aufgrund der politischen Verhältnisse Polen verlassen haben.

Wenn man dies in Warschau ausklammert, nur weil es sich um Deutsche handelt, dann hat die Aufarbeitung der kommunistischen Zeit insgesamt ein Glaubwürdigkeitsproblem.

Schlesier im Patenland willkommen– erstmals wieder Schlesiertreffen in Niedersachsen

Auszüge aus der Rede von Ministerpräsident Wulff anlässlich des Deutschlandtreffens der Schlesier 2007

Ich grüße Sie, die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge aus Schlesien und Ihre Angehörigen. Ich grüße alle Aussiedler und Spätaussiedler. Ich grüße Sie, die Sie aus ganz Deutschland hierher nach Hannover gekommen sind. Mein besonderer Gruß gilt unseren Landsleuten, die aus dem schönen Schlesien zu uns nach Hannover angereist sind. Schön, dass Sie da sind!

Nach meiner Wahl zum Ministerpräsidenten im Jahr 2003 habe ich mich dafür eingesetzt: Das Deutschlandtreffen der Schlesier gehört nach Hannover, die Landeshauptstadt ihres Patenlandes.

Leider konnte ich Sie 2005 noch nicht überzeugen. Da haben viele von Ihnen Nürnberg vorgezogen. Aber viele Schlesier haben mir geschrieben, weil sie lieber wieder nach Hannover reisen wollten. Jetzt hat es endlich geklappt! Mit Unterstützung von Hannover-Kongress kann das Schlesiertreffen endlich wieder bei uns in Hannover stattfinden, im Herzen des Patenlandes der Schlesier.

Jetzt bin ich sicher, dass alle diejenigen, die mir geschrieben haben, heute auch hier sind! Wenn ich mir hier die Halle anschau, besteht da für mich kein Zweifel. [...]

Meiner Landesregierung sind die Heimatvertriebenen und Spätaussiedler wichtig! Deshalb hat meine Landesregierung die Weichen so gestellt: Wir haben einen Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, den Abgeordneten Rudi Götz, benannt. Wir unterstützen Projekte unserer Heimatvertriebenen und Spätaussiedler! Wir geben unseren Schulen Lehrmaterialien, damit die Kinder und Jugendlichen erfahren können von Schlesien und auch über die Vertreibungsschicksale. Wir pflegen intensive Kontakte in unsere Partnerregionen in Polen, vor allem auch nach Niederschlesien! [...]

Wir haben auch die Patenschaft Niedersachsens zur Landsmannschaft Schlesien neu belebt.

Nicht nur mit finanzieller Unterstützung. Wir haben auch ein sichtbares Zeichen gesetzt. Seit drei Jahren hängt in der Niedersächsischen Landesvertretung in Berlin eine bronzene Gedenktafel mit den Wappen Niedersachsens und Schlesiens.

Ich erinnere mich gerne an den Tag der Enthüllung der Gedenktafel. Sie fand statt im Beisein des verstorbenen Ehrengastvorsitzenden Ihrer Landsmannschaft Schlesien, Herrn Dr. Hupka. [...]

Christoph Bergner: Verbesserte Maßnahmen zur Weiterqualifizierung von Spätaussiedlern nötig

Spätaussiedlerbeirat beim Bundesinnenministerium erörtert die Arbeitsmarktstudie des IAB-Instituts

Unter Leitung des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Dr. Christoph Bergner, fand eine erweiterte Sitzung des Beirates für Spätaussiedlerfragen statt, an der auch Vertreter des Arbeitskreises „Integration der Aussiedler“ und Vertreter des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales sowie des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge teilnahmen. Eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit hatte für Aufsehen gesorgt, da sie auf methodisch problematischem Wege zu dem Ergebnis gekommen war, dass Spätaussiedler überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Die massiven Zweifel an der Vergleichbarkeit der für die Gruppen der Spätaussiedler, Ausländer und Deutschen (ohne Spätaussiedler) ausgewählten Zahlen konnten durch die Autoren nicht ausgeräumt werden. Es wurde aber auch von den Autoren der Studie festgestellt, dass arbeitsmarktpolitische Maßnahmen bei Spätaussiedlern zu überdurchschnittlichen Erfolgen bei der Integration in den Arbeitsmarkt führten.

„Das belegt den ausgeprägten Fleiß, der die Gruppe der russlanddeutschen Spätaussiedler in besonderer Weise kennzeichnet. Die Russlanddeutschen zeichnen sich durch einen besonderen Arbeitswillen und die

Bereitschaft aus, Arbeiten unter ihrer Qualifikation anzunehmen, zu geringeren Löhnen, aber auch zu unüblichen Zeiten zu arbeiten“, sagte der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen, Dr. Christoph Bergner. Spätaussiedler, die über einen Hoch- oder Fachhochschulabschluss verfügen und unterhalb ihrer Qualifikation beschäftigt werden, stellen ein ungenutztes Potential dar, das im Zuge der beginnenden gemeinsamen nationalen Qualifizierungsinitiative unbedingt erschlossen werden muss.

Zu den Maßnahmen zur besseren beruflichen Integration gehören die berufsbegleitende Sprachförderung, die Erleichterung des Anerkennungsverfahrens für Bildungs- und Berufsabschlüsse sowie das Angebot, fehlende Qualifikationsbestandteile (Anpassungsqualifikationen) nachzuholen.



Gemeinsames Theaterspielen zur Integrationsförderung und Kulturpflege

Integrationsbeauftragter der Landesregierung NRW, Thomas Kufen, organisiert Begegnung von Theatermachern



"Das Engagement von Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte in künstlerischen und kreativen Gruppen kann die Integration genauso fördern wie die Mitgliedschaft in einem Sportverein", betont der Integrationsbeauftragte der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Thomas Kufen, anlässlich des Treffens deutscher und russischer Jugendlicher Ende Juli im Rahmen eines Theateraustausches. Kultur und Kunst und im Besonderen hier das Theater seien ein wichtiger Bestandteil der Integration von Russlanddeutschen in die deutsche Gesellschaft.

Dieser Theateraustausch, mitorganisiert von der Düsseldorfer Initiative

"Vergissmeinnicht" und unterstützt vom Integrationsbeauftragten, bringt junge russlanddeutsche Theaterleute aus Russland mit ihren deutschen Kollegen zusammen. So war es Ziel dieses Treffens, ein improvisiertes Theaterstück mit dem Thema Erfahrungsaustausch auf die Beine zu stellen. In verschiedenen Workshops sollten die beiden Gruppen Erfahrungen des Lebens von Russlanddeutschen in Deutschland und Russland austauschen und die jeweils andere Kultur kennenlernen. Ein Besuch des Theatermuseums in Düsseldorf soll Aufschluss über die deutsche Theaterkultur geben.

Integrationsarbeit vor Ort eröffnet Perspektiven

Jochen-Konrad Fromme freut sich über die Förderung von Stadtteilarbeit zur Spätaussiedlerintegration

Einen erfreulichen Brief vom Präsidenten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Dr. Albert Schmid, erhielt der heimische CDU-Bundestagsabgeordnete Jochen-Konrad Fromme dieser Tage.

Darin würdigt der Nürnberger Behördenchef Frommes Unterstützung für das Integrationsprojekt „Lebens-Garten“, das vom Diakonischen Werk Salzgitter beantragt worden ist. Zugleich teilte Schmid mit, das Projekt noch im laufenden Haushalt 2007 aus dem Titel „Zuwendungen für Maßnahmen zur Förderung der Integration von Zuwanderern“ fördern zu wollen.

„Ich bin überzeugt, dass das Projekt vor allem im Stadtteil Fredenberg in Salzgitter-Lebenstedt erheblich zu einem Gelingen der Integration der zu uns gekommen Spätaussiedler beitragen wird“, freute sich Jochen-Konrad Fromme, der auch Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist, über den positiven Bescheid.

Im Rahmen des Projektes wird ein Stadtteilgarten entstehen, bei dessen Erstellung die Kenntnisse der Spätaussiedler aus ihren Herkunftsländern genutzt werden sollen. Durch die Zusammenarbeit in der Gruppe sollen vor allem neu zugezogene Spätaussiedler Kontakte knüpfen und Zugang zu unserer Gesellschaft finden. Darüber hinaus werden durch die Kommunikation in der Gruppe die Kenntnisse der deutschen Sprache verbessert.

„Ich halte ein solches Projekt für außerordentlich sinnvoll, denn es leistet einen wichtigen Beitrag, Strukturen der Isolation aufzubrechen, oder besser noch, gar nicht erst entstehen zu lassen“, so Jochen-Konrad Fromme.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete weist in diesem Zusammenhang daraufhin, dass Maßnahmen zur Förderung der Integration von Spätaussiedlern in diesem Jahr mit über 13,7 Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt gefördert werden.

Heribert Rech sprach am Tag der Heimat in Karlsruhe

„Beim Tag der Heimat wird besonders deutlich, dass die Heimatvertriebenen und ihre Vereinigungen unverändert eine gesellschaftliche Größe in Baden-Württemberg sind. Die Landesregierung fühlt sich den deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlingen eng verbunden und bedankt sich bei ihnen für ihr unverzichtbares breites gesellschaftliches Engagement.“ Das sagte Innenminister Heribert Rech bei der Veranstaltung des Kreisverbands Karlsruhe des Bundes der Vertriebenen zum Tag der Heimat. Das Leitthema der Veranstaltungen des Bundes der Vertriebenen zum Tag der Heimat 2007 „Heimat ist Menschenrecht“ habe einen besonderen Zugang zu den Menschen in Baden-Württemberg. „Auf Artikel 2 unserer Landesverfassung, in dem wir uns ausdrücklich zum Recht auf die Heimat bekennen, dürfen wir stolz sein“, so Rech. Heimat sei kein verstaubter Begriff, sie sei vielmehr lebenswichtig und stifte Identität. Überall dort, wo Heimat empfunden werde, könne sie ein Gegengewicht zu unserer schnelllebigen Zeit sein.

NRW-Landtagsabgeordnete bei Deutschen in Polen

Die deutsch-polnische Parlamentariergruppe des nordrhein-westfälischen Landtags besuchte unlängst unser Nachbarland Polen. Als Vertreter der CDU-Fraktion nahm der Solinger Landtagsabgeordnete und Beauftragter für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Horst Westkämper, an der Reise, die unter der Leitung von Landtagspräsidentin Regina van Dinther (CDU) stand, teil.

Im Rahmen der Reise fand im oberschlesischen Kattowitz ein Treffen und ausführliches Gespräch mit Vertretern der Deutschen Minderheit in Polen statt.

Im Gespräch wurden die Abgeordneten über die vergangene und derzeitige Situation der deutschen Minderheit in Polen informiert und die anwesenden Vertreter vom Verein DFK (Deutscher Freundeskreis) schilderten den interessierten deutschen Abgeordneten ihre Arbeit. Als Angehörige der deutschen Minderheit leben heute noch mehrere hunderttausend Menschen in Polen, heute insbesondere in den Woiwodschaften Oppeln und Schlesien.

Erst im Mai diesen Jahres hatte Horst Westkämper den renommierten Eichendorff-Chor aus Ratibor in Oberschlesien im Rahmen eines bilateralen Choraustausches mit dem Ratinger Kammerchor im Landtag NRW zu einem Gespräch empfangen.

Höhepunkt des Besuchs war zweifellos der anschließende musikalische Gruß aus Oberschlesien an den Vizepräsidenten des Landtags, Edgar Moron sowie an die Abgeordneten Horst Westkämper, Chris Bollenbach, Gerhard Lorth, Thorsten Schick, Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg und Christian Weisbrich in der Wandelhalle des Landtags.

Horst Westkämper: "Ich befasse mich intensiv mit den Belangen der deutschen Minderheit in Polen. Auf dieser Reise habe ich viele interessante Gespräche geführt und einen persönlichen Eindruck von der Lage vor Ort gewinnen können. Ich finde es beeindruckend, wie diese Menschen ihren kulturellen Heimatwurzeln die Treue halten."

59. Bundestreffen der Südmährer in Geislingen

„Um zu einem zukunftsfesten Miteinander in Europa zu kommen, müssen wir uns mit unserer Vergangenheit beschäftigen. Dazu zählt die Geschichte der Vertreibungen im Europa des 20. Jahrhunderts und auch die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten.“ Das sagte Ministerialdirektor Rainer Arnold aus dem Innenministerium Baden-Württembergs am 28. Juli 2007 in Geislingen an der Steige beim 59. Bundestreffen der Südmährer.

„Viele der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge fanden hier im deutschen Südwesen eine dauerhafte Aufnahme und schließlich auch eine neue Heimat“, so Arnold. Das Haus der Geschichte des Landes Baden-Württemberg habe von der Landesregierung den Auftrag bekommen, bis zum Jahr 2009 die Aufbau- und Eingliederungsarbeit mit einer entsprechenden Ausstellung zu würdigen.

IMPRESSUM

Herausgeber:	Dr. Norbert Röttgen MdB Hartmut Koschyk MdB Parlamentarische Geschäftsführer Jochen-Konrad Fromme MdB
Redaktion:	Thomas Helm (verantwortlich) Martin Kreienbaum
Sekretariat: Kontakt:	Ines Roehm Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler
Anschrift:	Platz der Republik 1 11011 Berlin Telefon (0 30) 2 27-55364 Telefax (0 30) 2 27-56154